

SPD-Gemeinderatsfraktion

TOP-Nr. 2 der Gemeinderatssitzung am 25.03.2014: Erhebung einer Vergnügungssteuer

- Beratung und Beschluss

Nach nahezu exakt 9 Jahren seit der **vehementen Forderung** unserer Fraktion eine **wirksame Besteuerung für Spielhallen** auf die Beine zu stellen, haben wir endlich ein **gutes Ergebnis**. Hier trat in dieser Zeitdauer ein Verwaltungshandeln zu Tage, welches nicht als solches bezeichnet werden kann. Ein solches Aussitzen von einhelligen Forderungen letztlich des gesamten Gemeinderates darf sich so nicht wiederholen.

Zur Erinnerung:

- Als im **Januar 2005** in der Brückstraße 4 in Berghausen eine Spielhalle untergebracht werden sollte **forderten wir geeignete Steuerungsinstrumente** durch die Gemeindeverwaltung.
- Uns war klar, dass wir über das **Baurecht** diese gefährlichen Entwicklungen nicht aufhalten konnten.
- Wir gaben mehrere **Satzungen** anderer Kommunen in die Gemeindeverwaltung,
- veranlassten als SPD-Fraktion, dass eine Beamtin aus dem Rechnungsamt im Januar 2013 an einem speziellen **Seminar** teilnehmen konnte,
- mussten aber auch immer wieder daran erinnern, als z. B. **Anträge auf Spielhallenkonzessionen** gestellt wurden die teilweise nicht mehr zu verhindern waren:
 - o im Februar 2008 in das Hammerwerk-Center,
 - o im Februar 2009 in das ehemalige Motorradzubehörgeschäft in Berghausen, Karlsruher Str. 50,
 - o im März 2009 in die ehemalige Sparkassen-Zweigstelle in Kleinsteinbach, Söllinger Str. 8,
 - o im Mai 2009 zufällige Entdeckung der illegalen Erweiterung der Spielhalle in Berghausen, Brückstr. 9
 - o im Juni 2010 in die Gaststätte neben dem Autohaus Leicht in Söllingen, Hauptstraße 1,

- im Dezember 2012 in das Bistro Havanna
in Söllingen, Reetzstraße 48
(damals noch über das Baurecht aufgehoben) und
 - nunmehr mit Neuantrag im **Juni 2013** für die Reetzstraße 48 in
Söllingen
- Diese jüngste Sache im Juni bedurfte gegen Ende noch einmal eine sehr
deutliche Intervention durch die SPD-Fraktion mit dem **Antrag eine wirksame
Spielgerätebesteuerung am 19.06.2013** verpflichtend in der
Gemeinderatssitzung auf die Tagesordnung zu setzen.
 - Wir **warnen** vor
 - Kriminalität
 - entsprechendem Publikum
 - illegalem Glücksspiel
 - Spielsucht und
 - kriminellen Attacken
 - und sagten eindeutig, **dass wir das in Pfinztal nicht haben wollen!**

Trotz Ignoranz unseres Antrages konnten wir aber offensichtlich bewirken, dass
auch die **CDU** im Januar 2014 einen Antrag stellte, die Vergnügungssteuer auf den
Weg zu bringen. Nicht unerwähnt soll natürlich bleiben, **dass wir alle Fraktionen
immer argumentativ auf unserer Seite hatten.**

**Angesichts dieser nicht nachlassenden Anmahnungen aus dem Gemeinderat
wurde durch die Verwaltung nunmehr eine Satzung erstellt, mit welcher diese
sich immer weiter ausbreitende Krake des ungehemmten Glücksspiels, die
geeignet ist, sozialen und familiären Frieden empfindlich zu stören, gesteuert
und eingedämmt werden kann.**

Der SPD-Argumentation wurde im Rahmen der letzten Beratungen zudem gefolgt, in
den Entwurf aufzunehmen,

- dass die **Steuersätze** in der Höhe zumindest denen von Karlsruhe
angepasst und
- dass **Kontrollmöglichkeiten in den Einrichtungen direkt vor Ort durch
unsere kommunalen Bediensteten** geschaffen werden.

Erst mit dieser Satzung werden wir ein geeignetes Instrument haben

- den **Tourismus** von Spielhallenbetreibern von KA, PF oder sonst wo her nach Pfinztal einzudämmen und
- **Eigengewächse** nicht mehr wie Pilze aus dem Boden schießen zu lassen,
- **denn** die Pfinztaler Steuer entspricht in der Höhe der von Karlsruhe.

Die Betreiber werden deshalb zukünftig wieder mehr in der Stadt bleiben,

- da dort das Publikum vielzähliger, häufig auch geeigneter ist,
- die Anfahrtswege kürzer sind
- und solche Einrichtungen besser in der Anonymität des Großstadt-Dschungels laufen.

Durch möglichst hohe finanzielle Abschöpfung mindert sich die Lukrativität, solche Automaten überhaupt aufzustellen.

Das erreichen wir aber auch nur dann, wenn die in der Satzung geschaffene **Kontrollmöglichkeit als regelmäßige Verpflichtung** betrachtet wird.

Nur dann wird dieses Instrument **wirksam** sein können und vergilbt nicht als **Papiertiger**.

Jetzt ist angesagt nicht nur einmal im Jahr, sondern – und das ist ein

Antrag der SPD-Fraktion

(mit der Bitte darüber in der Gemeinderatssitzung am 20.05.2014 zu entscheiden)

Mindestens einmal im halben Jahr sind die Spielhallen und sonstigen Einrichtungen in denen steuerpflichtige Automaten und Geräte entsprechend der Vergnügungssteuersatzung angeboten werden
mittels **Außenprüfung zu kontrollieren und darüber dem Gemeinderat zu berichten**.

Zur Kontrolle gehören in der Regel

- die **Anzahl und Art** der Automaten und Spielgeräte mit den gemeldeten **abzugleichen**
- die Automaten**speicher auszulesen** und auf Plausibilität mit den gemeldeten Umsätzen zu vergleichen
- zu kontrollieren, ob ein **verantwortlicher Geschäftsführer oder Beauftragter** entsprechend des Konzessionsantrages vor Ort ist
- und sonstige **Auflagen** eingehalten werden.
- Bei festgestellten Verstößen müssen die **Bußgelder** voll ausgeschöpft
- und ggfls. auch **Steuern** in aller Konsequenz **nachgefordert** werden.

Bei **Verdachtsmomenten** –und nicht nur da- ist eng mit der **Gewerbeaufsicht** und der **Polizei** zusammen zu arbeiten.

Gemeinsame Aktionen sind anzustreben.

Ein Verwaltungsmitarbeiter/eine Verwaltungsmitarbeiterin muss verantwortlich damit beauftragt werden mit seinem/ihrem **Wissen und Kenntnissen** immer auf dem **Stand der Spielgeräte-Technik** zu bleiben.

Mögliche mangelnde Kenntnisse des Kontroll-Personals der Gemeinde sind durch **Schulungen** oder beispielsweise **Hospitation** in Karlsruhe auszugleichen.

Für die SPD-Gemeinderatsfraktion

Reiner Kunzmann